

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Zentrale)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 50.

Berlin, Mittwoch, 23. Juni 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Kampf um die neuen Steuern. — Unsere Reise nach England. — Der Triersche Eisenbahnerverband und seine Zeitung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

Der Kampf um die neuen Steuern.

Wer die deutsche Parlamentsgeschichte aufmerksam verfolgt, der muß die Beobachtung machen, daß immer, wenn der Reichstag einen ganz besonderen Eifer entwickelt, es sich darum handelt, dem Volke neue Lasten aufzubürden. Bei Seeres- und insbesondere bei Flottenvorlagen hat man dieses Schauspiel oft genug erleben können; beim Zolltarif ist man sogar vor Nachtarbeit nicht zurückgeschreckt, und jetzt, wo sich die Mehrheit des Reichstages ansammelt, aus der Haut des Volkes Riemen zu schneiden, da wird wiederum eine Arbeitswut an den Tag gelegt, wie man sie leider bei der Beratung sozialpolitischer Gesetze nicht wahrnehmen kann.

Was bei dieser emsigen Tätigkeit herauskommen wird, das mag der Himmel wissen. Etwas Gutes jedenfalls nicht. Das steht fest. Wie unklar die ganze Situation ist, zeigt die Tatsache, daß auf der einen Seite sich die Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers hartnäckig erhalten, während auf der anderen Seite mit einer Auflösung des Reichstages geredet wird. Die nationalliberale Partei soll sogar bereits in die Wahlvorbereitungen eingetreten sein. Unter diesen Umständen wäre es wirklich gewagt, ein Urteil über den Ausgang des Kampfes abzugeben.

Den Streitapfel bildet zunächst in erster Linie noch die Erbschaftsteuer. Von einer Reicheinkommensteuer oder Reichsvermögenssteuer wollen die Einzelstaaten nichts wissen. Daß man nicht den ganzen Bedarf an Steuern auf indirektem Wege aufbringen kann, darüber ist sich wieder die Reichsregierung einig. Deshalb will sie — das hat auch Fürst Bülow in seiner letzten großen Rede gesagt — unbedingt an der Erbschaftsteuer festhalten, allerdings in einer Form, die für die Agrarier ein großes Entgegenkommen bedeutet und nur etwa die Hälfte der ursprünglich aus dieser Quelle erhofften Steuer eintragen wird. Auch die Liberalen wollen keine indirekten Steuern bewilligen, bevor nicht rund 100 Millionen direkter Steuern angenommen sind. So dreht sich zurzeit die Streitfrage in erster Linie um die Erbschaftsteuer. Wie sind nun deren Aussichten? Die Liberalen in ihrer Gesamtheit dürften dafür zu haben sein. Auch die Reichspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Reformpartei werden mit wenigen Ausnahmen dafür stimmen. Wenn auch die Sozialdemokraten, was allerdings zum mindesten sehr zweifelhaft ist, dafür zu haben wären, erhielte die Regierung eine Mehrheit. Dann besteht auf der anderen Seite die Gefahr, daß Zentrum und Konservative, um sich für die Niederlage schadlos zu halten und das Ankräfttreten der Erbschaftsteuer doch zu verhindern, ihre Stellung zu den übrigen Steuervorlagen so einrichten, daß aus der ganzen Geschichte nichts wird. So bildet die Erbschaftsteuer auch in ihrer verwickeltesten Form die erste Klippe, an der das Schiff der Reichsfinanzreform zu scheitern droht.

Aber selbst wenn es gelänge, diese ersten Schwierigkeiten zu überwinden, wäre das Schiff noch recht weit vom sicheren Hafen entfernt. Die von der Reichsregierung anstelle der rundweg abgelehnten Steuerarten vorgeschlagenen Erbschaftsteuern sind keineswegs der Annahme sicher. Gegen die Steuer auf Feuer- und Versicherungspolice werden mit Recht sehr gewichtige Bedenken geltend gemacht. Es ist in der Tat ein Skandal, daß die wirtschaftliche Fürsorge und die öffentliche Sicherheit vor Feuer- und Diebstahlgefahr mit einer Abgabe belastet werden soll. Mit den von der Regierung vorgeschlagenen Börsensteuern würde man sich schließlich abfinden; im Reichstage ist ihnen aber auch keineswegs eine Mehrheit gesichert.

Nun gibt es aber noch ein drittes Steuerbüdel, das die von der sogenannten Kampfkommision vorgeschlagenen Steuerarten enthält: die Notierungsteuer, die Parfümeriesteuer, die Steuer auf Glücksspiele und auf Streichhölzer, die Mühlen- und Sägemühlsteuer, den Kaffee- und Teezoll und den Kohlenausfuhrzoll. Einigen von diesen „Gaben“ hat die Regierung ein striktes „Unannehmbar“ entgegengezeigt, anderen will sie ihre Zustimmung geben, so daß die Gefahr besteht, daß auch hier gerade diejenigen Steuerarten, die den Bedarf treffen, die meiste Aussicht auf Annahme haben. Denn die Parteien, die diese Steuern in Vorschlag gebracht und in der Kommission angenommen haben, scheinen vor keinem Mittel zurückzuschrecken. Selbst die Geschäftsordnung des Reichstages bietet ihnen kein Hindernis. Die von der Kampfkommision vorgeschlagenen Steuern sind selbständige Gesetzeswürfe, die nach der Geschäftsordnung drei Lesungen im Plenum durchmachen müssen, und zwar zunächst eine im Plenum, bevor sie an eine Kommission verwiesen werden können. Eine Kommission darf überhaupt keine neuen selbständigen Gesetzeswürfe bringen oder beraten. Allerdings ist man von dieser Regel auch früher schon abgewichen, aber nur, weil sich dagegen kein Widerspruch erhob. Gegen die Beratung der neuen Entwürfe ist aber in diesem Falle von der Linken ganz energisch protestiert worden. Sie hat sogar, als dieser Protest wirkungslos blieb, die Teilnahme an den weiteren Beratungen abgelehnt. Im Plenum des Reichstages hat sich nun ein ähnliches Schauspiel zugegetragen. Die Mehrheit aber ließ Macht vor Recht gehen und beschloß, daß entgegen der Geschäftsordnung sogleich in die zweite Lesung der Vorschläge der Kampfkommision eingetreten werden sollte. Das ist denn auch geschehen.

Diese Vorgänge zeigen jedenfalls, daß man bei diesen Mehrheitsparteien entschlossen ist, ganze Arbeit zu machen. Vorläufig tobt aber der Kampf noch weiter, und welche Konstellationen und Mehrheiten sich bei den einzelnen Steuerarten ergeben werden, läßt sich absolut nicht vorhersehen. Das zeigt schon das knappe Stimmungsbild, das wir oben entworfen haben. Wer weiß daher, was aus dieser ganzen Reform noch werden mag! Gutes kommt für uns Arbeiter wie gesagt dabei nicht heraus. Verfinstert also das Scheusal in dem Orkus, — uns könnte es schließlich recht sein. Wir sind der Ueberzeugung, daß unsere Finanzen einer Sanierung bedürfen. Diese muß durchgeführt werden, indem man die Ausgaben des Reiches einschränkt, und zwar

da, wo es sich lohnt und es möglich ist, auf dem Gebiete des Seeres- und Marinewesens. Die Mittel, die dann noch gebraucht werden, sind aufzubringen auf direktem Wege. Alle die Bedenken, die gegen direkte Reichssteuern geltend gemacht werden, können wir als stichhaltig nicht ansehen. Sollte es aber trotzdem ohne indirekte Steuern nicht gehen, nun, dann müssen wenigstens die Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände steuerfrei bleiben. Es dürfen nicht Steuern eingeführt werden, die die Lebenshaltung des armen Mannes erschweren, seine wenigen Genußmittel verteuern und ganze Gewerbegebiete dem Untergange zuführen.

Diesen Anforderungen entspricht die geplante Reichsfinanzreform nicht. Die Erbschaftsteuern der Regierung sowohl als auch namentlich die Vorschläge der Kampfkommision sind sogar geeignet, die Situation für die Arbeiter noch zu verschlechtern. Deshalb haben wir kein Interesse an dem Zustandekommen dieser Reform, wünschen vielmehr ihr Scheitern. Was danach kommt, ob Rücktritt des Reichskanzlers oder Reichstagsauflösung, soll uns gleich sein. Im ersteren Falle wird sich Ertrag finden — derselbe Ertrag jedenfalls, höchstens eine andere Nummer. Und kommt es zur Reichstagsauflösung, nun, dann werden die in den Deutschen Gewerksvereinen organisierten Arbeiter bei den Wahlen die Kandidaten schon zu prüfen wissen und danach ihre Entscheidung treffen.

Unsere Reise nach England.

VII.

An die Besichtigung der Genossenschaftshäuser schloß sich ein 5 Uhr-Tea mit reichlich gedeckter Tafel in der provisorischen Festhalle. Nach der Erfrischung ging es in den Festsaal des Instituts. Dieses Haus ist als eine große Anlage gedacht, die mit der Entwicklung der Genossenschaft weiter ausgebaut werden soll. Zunächst ist fertig der große Saal mit einigen dahinter liegenden Räumen. Hier veranmiete sich unsere Deputation, während die Genossenschaftler von Hampton, Männer, Frauen und Kinder, den Saal füllten. Und als wir dann in feierlichem Zuge das Podium betraten, empfing uns die Festversammlung mit jubelndem Beifall. Den Vorsitz führte Mr. Henry D. V. N. Die erste Begrüßungsansprache hielt Mr. John S. Greenhalgh, dem Mr. S. V. N. folgte, und dann wurde uns die künstlerisch hergestellte, in deutscher Sprache verfaßte, Begrüßungsschrift überreicht, die folgenden Wortlaut hat:

Wir, die Endesunterzeichneten, hegen den Wunsch, Sie im Namen der Mieter und Angestellten herzlich willkommen zu heißen. Wir freuen uns über Ihren Besuch, hauptsächlich darum, weil wir glauben, daß eines der sichersten Mittel, ein gutes Einvernehmen zwischen unseren betreffenden Ländern zu fördern, dadurch geschaffen wird, daß man den Völkern Gelegenheit gibt, sich untereinander besser kennen zu lernen. Auf unseren beiderseitigen Nationen liegt eine große Verantwortlichkeit, denn der Friede und Fortschritt der ganzen Welt hängt zu einem großen Teile von der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen denselben ab. Es ist unser innigster Wunsch, daß der Austausch von Besuchen zwischen den Vertretern der Bürgerchaften, der jetzt mehr und mehr gepflegt wird, dazu beitragen möge, die freundschaftlichen Gefühle zwischen den beiden Völkern zu erhöhen. Wir bewundern die großartige Entwicklung Ihrer großen Nation und erkennen an, daß die Zivilisation derselben für ihre Errungenschaften auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Industrie großen Dank schuldig ist. Die Bewegung, mit der unsere Gesellschaft, deren Mieter und Angestellte Sie heute hier bewillkommen, vertraut ist, steht ganz besonders in der

Schuld vieler Ihrer Städte, denn es war deren Vorbild in der Anlage von Städten und der Entwicklung von Vororten, welches in großen Maße zu den Anstrengungen beigetragen hat, welche jetzt gemacht werden, um die Anlage unserer Städte zu verbessern. Es wird an Ihnen liegen, zu beurteilen, nachdem Sie unseren Vorort in Augenschein genommen, welche Fortschritte wir in dieser Richtung gemacht haben. Es dürfte Sie interessieren, zu erfahren, daß dieser Vorort, der einen der wichtigsten Vorteile seiner Art in England darstellt, nach seiner Fertigstellung Wohnungsgelegenheit für eine Bevölkerung von 10 000 Personen bietet, wobei die Anzahl von Häusern auf durchschnittlich 8 pro engl. Acre (0,40 Hektar) im allgemeinen mit nur einer Familie in jedem Hause beschränkt ist. Für Spielplätze für Kinder, Plätze für Tennis und Fußball, Institute und Vereinsräumlichkeiten ist Vorsorge getroffen.

Das Geschick unserer Nation verlangt es, daß wir in jeder Beziehung als Rivalen in dem großen internationalen Kampfe auftreten; wir wollen hoffen, daß es ein Kampf auf Leben und nicht auf Tod sein möge; daß unser Wettstreit auf die Erzeugung der Dinge gerichtet sein möge, welche die Zivilisation bereichern und nicht verschlingen; daß wir Rivalen sein mögen in der Erschaffung und nicht in der Zerstörung.

Wir hoffen, daß Ihr Besuch auf unserer Insel Ihnen viel Vergnügen bieten wird und daß Sie in Ihr Vaterland zurückkehren in guter Gesundheit und mit angenehmen Erinnerungen Ihres Aufenthaltes unter uns.

Wir waren tief ergriffen von der sinnigen Art, mit der uns die Genossenschaftler, die mit uns Gewerksvereiner so viele geistige und praktische Ideale gemeinsam haben, ihren Gruß entboten. Und immer schöner sollte es werden! Denn nun kam Jungengland, uns zu grüßen: die Kinder von Hampstead betraten das Podium, um zwei alte englische Reigentänze in vollendeter Form aufzuführen. Der erste Tanz stellte das Bohnenpflanzeln (Bean Setting Dance) dar und der zweite den Tanz der Rosen. Zwei Spiele, die ganz zu dem Charakter der Gartenstadt paßten. Die gesunden, kräftigen Kinder saßen in ihren weißen Kleidchen allerliebste aus. Für den Rosentanz hätte es des Rosenknechtchens nicht bedurft; die Kleinen waren ja selber als die schwellenden Kroschen und Blüten von Hampstead anzusehen. An die Tänge reihte sich ein Gesang des „müden Chors: „Blow, ye Gentle Breezes, Blow!“ (gleich „Weht, ihr lindern Lüftchen, weht!“) und dann hielt Miss Rogers in ausgesprochenem Deutsch eine Rede, in der sie die Schönheiten des Lebens in Hampstead gegenüberstellte dem Leben in den dumpfigen Arbeiterwohnstätten, die sich im Osten direkt an die City anschließen. Hier werde der Mensch wieder Mensch, denn er atme Freiheit und schließe Freundschaft. Die Bewohner von Hampstead bildeten eine große Familie, während im tiefen London der eine den anderen nicht kenne. Die Rede machte auf uns alle durch Inhalt und Art einen tiefen, herzerfrischenden Eindruck. Englische und deutsche Vorträge folgten, und dann fiel mir die Aufgabe zu, die Reden zu beantworten und für den bezüglichen Empfang zu danken. Natürlich erinnerte ich an die „Medischen Pioniere von Rochdale“, jene armen englischen Spinner, die dem Genossenschaftswesen in England die Bahn gebrochen und zu glänzenden Erfolgen geführt, aber auch auf Deutschlands Genossenschaften und wohl der aller anderen Länder einen befruchtenden Einfluß ausgeübt haben. In Whitechapel sahen wir eine Hölle, hier ein Paradies. In diesem Gegensatz liegt ein großer Triumph des genossenschaftlichen Gedankens.

Mit froher Begeisterung sang dann die ganze Versammlung das Lieblingslied der Engländer: „Home, sweet Home!“ (gleich „Heim, mein süßes Heim.“) Und als dann nach weiten Darbietungen, darunter unseres Honorarhals Proben rhapsodischer Gedächtniskunst, das „God save the King“ nach der Melodie „Seil dir im Siegerfranz“ gesungen war, da ertönte plötzlich aus kräftigen Männerkehlen, die sonst nur englische Laute hervorbringen, das deutsche Lied „Die Wacht am Rhein“.

Das war eine Veranstaltung, bei der sich die Begeisterung von Akt zu Akt steigerte und die in jubelnder Stimmung endete.

Noch einmal ging es zur Festhalle zurück, um noch etwas zu essen und dann beim hellen Mondschein zur Untergrundbahn. Als Mr. Maddison an der seiner Wohnung am nächsten gelegenen Station ausstieg, brachten wir ihm ein donnerndes Hoch. In Charing Cross angekommen, tranken die Unermüdeten noch ein Münchener. Andere sahen noch ein Stück Elend in einem Whisky-Gaule.

Der Trierische Eisenbahnverband und seine Leitung.

Die mit so überaus großem Pathos angekündigte Klage des Vorsitzenden vom Trierer Verbande, Peter Mols, gegen die Führer des den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Eisenfelder Zentralverbandes hat nun ihre Erledigung

gefunden. Das, was unser Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner diesem Herrn Mols schon vor zwei Jahren vorgeworfen hatte, als es noch keinen Eisenfelder Zentralverband gab, hat sich durch den Verlauf der Klage als wahr erwiesen.

Herr Mols fühlte sich besonders durch folgende Vorwürfe beleidigt:

1. Die Sozialdemokratie sucht im stillen die Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter für sich zu gewinnen mit dem Erfolge, daß heute schon in einer ganzen Anzahl von Ortsvereinen des Trierer Verbandes die Leitung sich in sozialdemokratischen Händen befindet.

2. Das Verhalten des Herrn Mols beim Minister im Vergleich mit den Erklärungen, die er im Trierischen Verbandsblatte gab, ist als unehrlich zu bezeichnen; das Spiel, welches er getrieben hat, verdient als durchaus doppelzüngig bezeichnet zu werden.

3. Man hat es abgelehnt, Herrn Mols zu einem Landtagsmandat zu verbieten, nachdem man erkannt hatte, welche unwürdige und eine Arbeiterorganisation kompromittierende Rolle Herr Mols im Ministerium gespielt hatte.

Der christliche Herr Stegerwald als Beklagter stellte im Termin Gegenklage, weil Mols in einem Antwortartikel von gemeiner Verleumdung u. a. m. geschrieben hatte. Das Gericht stellte fest, daß der Wahrheitsbeweis von Herrn Stegerwald in allen wesentlichen Punkten als geführt anzusehen sei, weshalb Mols mit seiner Klage abgewiesen wurde, dagegen in der Gegenklage zu 50 Mark Geldbuße oder 10 Tagen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt wurde.

Beregenwärtigen wir uns einmal den Sachverhalt! Was sollte Herr Mols eigentlich im Ministerium machen?

Der Vorstand und Aufsichtsrat des Trierer Verbandes hatte in einer Sitzung vom 9. Dezember 1907 beschloffen, mit den christlichen Gewerkschaften in Verbindung zu treten, um die eventuellen Anschlussbedingungen zu erfahren. Mols sollte in einer Audienz im Ministerium diesen Schritt vorbereiten. Statt dessen ging er mit dem bekannten Führer der katholischen Fachabteilungen, Herrn Dr. Meischer, zum Eisenbahnminister und erbat ein Verbot des Anschlusses von Eisenbahnern an die eigentlichen Arbeiterorganisationen, in diesem Falle an die Christlichen. In der Trierischen Verbandszeitung erschien der Wortlaut der Unterredung völlig entstellt. Nunmehr beschloffen Aufsichtsrat und Vorstand des Trierer Verbandes in einer Sitzung vom 29. Februar einstimmig, den Anschluss an die christlichen Gewerkschaften dem Vordobner Delegiertentag zu empfehlen. Mols verfasste aber wieder eine Denkschrift, in der er gegen einen solchen Anschluss wetterte und seinen Mitgliefern vorzog, niemals für einen Anschluss gewesen zu sein. So also handelte Herr Mols. Als Arbeiterführer ging er zum Herrn Minister, um Einschränkung des Koalitionsrechts bittend, Wirklich ein Anblick für Götter!

Aber die Charakteristik des Herrn Mols würde nicht vollständig sein, wenn wir nicht noch folgenden bemerkenswerten Vorgang erwähnten: In einer weiteren Klage wurde festgestellt und beschworen, daß der ausführl. Leiter und selbständige Leiter der Redaktion des Trierer Verbandsblattes nicht, wie angenommen wurde, Herr Peter Mols, sondern der auf dem Boden der katholischen Fachabteilungen stehende Herr Pfarrer Dr. Langer gewesen ist.

Uns war diese Geschäftsführung im Trierer Verbande schon seit unserer Gründung bekannt. Wir wußten deshalb auch, was es mit der von jener Seite so oft betonten „Neutralität“ in Wirklichkeit auf sich hatte. Dasselbe gilt übrigens auch von dem Eisenfelder Zentralverband. In keinem von beiden wird der Eisenbahnern wirkliche Neutralität in politischer und religiöser Beziehung gesichert. Umso mehr müssen wir die Kollegen aufordern, sich unserer völlig unabhängigen Vereinigung anzuschließen, welche stets bestrebt gewesen ist, voll und ganz die Interessen der Eisenbahnschiffsbeamten, Handwerker und Arbeiter zu vertreten und trotz ihres kurzen Bestehens recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen hat.

Kollegen! Es gibt keine Stadt, und sei dieselbe noch so klein, wo nicht Eisenbahner wären, die für unsere Dramatization in Betracht kommen. Darum helfe schnell Ortsvereine gründen, damit wir in dem Wettlauf der Organisationen nicht hinten an stehen. Namentlich die Kollegen, welche Material verlangt haben und die Gründung schon für die nächsten Tage in Aussicht gestellt haben, sollten erstlich an die Arbeit herangehen. Zu jeder weiteren Auskunft ist gern bereit

Gerh. Böhm, Hauptgeschäftsführer,
Gleiwitz, Barbarastr. 56.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 22. Juni 1909.

Gegen die volkfeindlichen Steuerpläne im Reichstage soll am Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in einer großen öffentlichen Gewerksvereinsversammlung im Berliner Verbands-Haus Protest erhoben werden. Referenten sind die Kollegen Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt und Paul Tröger, Vorkeber des Vereins der Deutschen Kaufleute. Die deutschen Arbeiter haben ein lebhaftes Interesse daran, daß die Finanzreformpläne, wie sie beabsichtigt sind, zum Scheitern gebracht werden. Laut müssen sie deshalb noch in letzter Stunde ihre Stimmen vernahmen lassen. Darum ist es Ehrenpflicht der Verbandskollegen und Kolleginnen von Berlin und Umgegend, für einen Massenbesuch in dieser Versammlung zu sorgen. Keiner, der sich des Ernstes der Lage bewußt ist, darf fehlen!

Die Hinterbliebenenversicherung sollte nach § 15 des Sozialversicherungsgesetzes am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Daran ist aber nach der Geschäfts-lage des Reichstages nicht zu denken. Die Reichsversicherungsordnung, die bekanntlich auch die Hinterbliebenenfürsorge regeln will, wird frühestens im Winter den Reichstag beschäftigen, und welches Schicksal ihr beschieden ist, dürfte zum mindesten noch recht zweifelhaft sein. Deshalb sieht sich die Reichsregierung genötigt, eine Novelle zum Sozialversicherungsgesetz einzubringen, die auch bereits vom Bundesrat fertiggestellt ist, nach welcher der Termin zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung um ein Jahr, also zum 1. Januar 1911 vertagt werden soll. Durch die Novelle soll auch verhindert werden, daß die Zinsen der angesammelten Mehreträge aus den landwirtschaftlichen Böden, die im Falle eines späteren Inkrafttretens der Restversicherung an die Invaliden-Versicherungsanstalten überwiegen werden sollten, zu diesem Zwecke vermandt werden. Falls die Beratungen der Finanzreform es gestatten, soll der Entwurf des Abänderungsgesetzes noch in der jetzigen Sommer-tagung dem Reichstage zugehen; im anderen Falle wird er im Herbst zur Beratung gestellt.

Die Bundesratsverordnung über Steinmetzbetriebe vom 20. März 1902 hat, wie der „Reichsanzeiger“ vom 11. Juni mitteilt, auf Bundesratsbeschluss einige nicht unwesentliche Verbesserungen erfahren, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten sollen. Nach § 4 müssen nicht nur für die im Freien arbeitenden Steinhauer, sondern namentlich auch für die im Freien arbeitenden Schrottschläger, Kleinschläger, Marschschläger und Plastersteintipper zum Schutz gegen die Unbilden der Witterung entweder Schuttdächer über den Arbeitsplätzen oder Arbeitsbuden errichtet werden; die Arbeitsbuden müssen nach drei Seiten, insbesondere nach der Windrichtung hin, geschlossen werden können.

Die im § 9 vorgelebene Höchstarbeitszeit von 10 Stunden für Arbeiter bei der Steingewinnung bzw. von 9 Stunden für Arbeiter beim Vossieren oder bei der weiteren Bearbeitung von Sandstein wird dahin ausgedehnt, daß damit überhaupt die gesamte Dauer der täglichen Beschäftigungszeit gemeint ist, selbst wenn die Arbeiter nur teilweise in Steinbrüchen tätig sind, sonst aber zu anderer Beschäftigung herangezogen werden.

Wesentliche Änderungen erfährt der § 10 der Verordnung. Danach wird jetzt das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen bei der Gewinnung oder der Kobanbearbeitung von Steinen auf die Abräumungsarbeiten ausgedehnt. Doch können Arbeiterinnen über 18 Jahre mit der Herstellung von Chausseesteinen in 6 Stunden nicht übersteigender Arbeitszeit beschäftigt werden. Jugendliche Arbeiter, die auch nur einen Teil des Tages zur Bearbeitung von feuchten Sandsteinen verwendet werden, dürfen höchstens 9 Stunden arbeiten. Das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beim Transport und Verladen von Steinen ist auf den Transport und das Verladen von Abraum oder Abfall ausgedehnt worden.

Das sind, wie gesagt, Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand. Sie entsprechen jedoch lange nicht den berechtigten Forderungen der Steinarbeiter, die vor allen Dingen auf eine allgemeine Herabsetzung der gesetzlich zugelassenen Höchstarbeitszeit abzielen.

Zur Nachahmung empfohlen! Die Stadtverordnetenversammlung in Mainz hat auf Antrag ihrer sozialpolitischen Kommission beschloffen, daß solche Firmen, von denen Tatsachen

bekannt sind, daß sie das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten beschränken, von städtischen Arbeiten und Lieferungen ausgeschlossen sind.

Die erzieherische Wirkung, die man von diesem Beschluß auf die Arbeitgeber erhofft, wird sicherlich erreicht, wenigstens soweit Lieferanten der Stadt in Betracht kommen. Auf alle Fälle wäre es deshalb wünschenswert, daß das in Mainz gegebene Beispiel anderwärts Nachahmung findet.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Holzarbeiter in Nürnberg dauert mit unverminderter Schärfe fort. Die neu eingeleiteten Einigungsverhandlungen schienen bereits einen Erfolg zeitigen zu wollen, als die Unternehmer plötzlich, offenbar einem Wink der Leitung des Arbeitgeberverbandes folgend, die bereits gemachten Zugeständnisse wieder zurückzogen. — In Danzig und Umgebung sind die Bauklemmer, Installateure und Heizungsmonitore in eine Lohnbewegung eingetreten. — Seit einigen Wochen stehen in Leipzig die Steinmetzgehilfen im Streik. Sie fordern die Anerkennung des alten Tarifs und eine Erhöhung des Stundenlohnes. Dem größten Teil der in Betracht kommenden Arbeiter sind die Forderungen bewilligt. — Die Lohnbewegung der Bauklemmer Berlins nimmt ihren Fortgang. Die Streikenden haben mit 248 gegen 48 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen und den Schiedspruch des Einigungsamts mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. — In den Kleinbetrieben der Bau- und Möbelfabrikation zu Rathenow sind die Holzarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern den Abschluß eines Tarifs, in dem ihnen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Pf., Zuschlag für Affordarbeit und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden gewährleistet wird. — Die Hamburger Zigarettenfortierer und Sortierinnen haben die Arbeit wieder aufgenommen, bei der Wiedereinstellung sind vereinzelte Mahnungen vorgekommen. — In Liegnitz sind am Sonntag die Ribilmusiker wegen Ablehnung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten. Infolgedessen mußte in fünf Sälen der Tanz ausfallen. — Da der Magistrat von Kiel in den weiteren Verhandlungen mit den Gemeindefabrikanten jedes Entgegenkommen ablehnte, haben diese mit 390 gegen sechs Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Der Ausstand der Petersburger Straßenbahnangestellten dauert noch fort. Alle Bemühungen, den Konflikt beizulegen, sind an der Saisittarkeit der Verwaltung scheitert, die erklärt hat, den Ausständigen keinerlei Konzessionen machen zu wollen. — In den Steinbrüchen von Cassinines (Belgien) wurden wegen Differenzen in zwei Betrieben gegen 3000 Steinarbeiter ausgesperrt. — In Paris sind die Kennbahnkassisten in den Streik getreten. Sie verlangen bessere Löhne und Unterkunftsräume.

Ueber die Mitgliederbewegung in den „Freien“ Gewerkschaften macht das Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 19. Juni recht bemerkenswerte Angaben. Es geht daraus hervor, daß der Mitgliederrückgang in dieser Organisationsrichtung im Jahre 1908 ein ganz erheblicher gewesen ist. In den verschiedenen Industriezweigen sind nach dem Korrespondenzblatt folgende Zu- bzw. Abnahmen zu verzeichnen:

	Zunahme	Abnahme
1. Baugewerbe	—	37 718
2. Metallindustrie	—	4 063
3. Textilarbeiter	—	23 320
4. Handels- u. Transportgewerbe	—	1 156
5. Bergarbeiter	1037	—
6. Bekleidungsindustrie	—	3 778
7. Holzindustrie	—	4 579
8. Nahrungsmittelindustrie	297	—
9. Gastwirtschaften	—	127
10. Gärtner	—	118
11. Industrie der Steine und Erden	—	6 576
12. Papier- und Lederindustrie	—	1 316
13. Poligraphische Gewerbe	2599	—
14. Sonstige Berufe	3635	—
Summa	7568	82 751

Absolute Abnahme von Jahres- schluß zu Jahres- schluß: 75 183.

Nehmen wir einmal an, daß die Zahlen richtig sind — wir haben jedoch Grund zu der Annahme, daß sie beispielsweise in der Metallindustrie viel zu niedrig angelegt sind —, so liegt für die „freien“ Gewerkschaften kein Anlaß vor, sich über die Mitgliederverluste anderer Organisationen lustig zu machen. Das Korrespondenzblatt führt

das ungünstige Ergebnis auf die wirtschaftliche Krisis zurück. Mit Recht! Aber unter dieser Krise hatten die Deutschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften genau ebenso zu leiden wie die „Freien“, daher auch bei ihnen in einzelnen Gruppen ein Mitgliederrückgang. Angesichts dieser Tatsachen sollte man endlich in der Arbeiterbewegung aufhören, den Gegner, dem man einige Verluste nachweisen kann, deswegen zu verhöhnen. Viel wichtiger erscheint es uns, die Zahl der Nichtorganisierten zu vermindern und dafür zu sorgen, daß nicht allein diejenigen, welche der Organisation den Rücken gekehrt haben, wieder zurückgewonnen, sondern auch diejenigen, die überhaupt bisher der Organisation ferngeblieben sind, ihr zugeführt werden. Diese Arbeit, energisch durchgeführt, hat praktischen Nutzen und ist deshalb mehr wert, als die gegenwärtige Verabredung.

Der Astuhr-Ladenstreik in Nürnberg ist nur noch eine Frage der Zeit. Von einem erheblichen Teil der Ladenbesitzer ist bei der mittelfränkischen Kreisregierung der Antrag gestellt worden, die Schließung aller offenen Verkaufsstellen an den Wochentagen, mit Ausnahme der Sonnabende und der Tage vor Weihnachten und Neujahr, um 8 Uhr abends zu verfügen. Die Regierung ordnete darauf eine Abstimmung unter den Ladenbesitzern an. Diese Abstimmung ergab nun trotz einer lebhaften Gegenagitation 2556 Stimmen für und 805 Stimmen gegen den Astuhr-Ladenstreik. Da somit die erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden ist, braucht nur noch der Termin für die Einführung von der Behörde bekanntgegeben zu werden.

Von den Bürgern Berlins wohl der volkstümlichste, der alte

Dr. Paul Langerhans,

ist am Montag früh im Alter von 80 Jahren gestorben. Die Stadt hatte ihn zu ihrem Ehrenbürger gemacht. Sowohl als Stadtverordneter wie auch als Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung, der er lange Jahre war, fand er immer zur rechten Zeit das rechte Wort. Seine Arbeitskraft schien bis vor etwa 3 Jahren unverwundlich zu sein. Dann machte sich allmählich das Alter geltend, das ihn schließlich im vorigen Jahre zuungunsten niederzulegen. Dann setzte er sich in die Versammlung und kämpfte in dieser wieder in Reich und Glied für das Beste der Stadt und ihrer Bevölkerung. Als wir ihn vor einigen Wochen fragten, wie es ihm gehe, antwortete er: „Es geht gar nicht mehr.“ „Aber es ist doch schon so oft und immer wieder gut gegangen“, entgegnete wir. „Ja, das ist richtig, aber diesmal glaube ich nicht mehr daran, daß ich noch einmal wieder auf die Beine komme.“ So gut kannte er sich selbst.

Im Reichstage und im Landtage war er eine feste Stütze des entschiedenen Bürgertums. Auf ihn war absoluter Verlaß in allen Stücken. Den Gewerkschaftern war er ein treuer Freund. In zahlreichen Versammlungen war er anwesend und nahm auch verständig das Wort zugunsten unserer Bestrebungen. Als wir als die ersten auf dem Plane wider die Zuchtshausvorlage auftrieten, da schrie er uns: Das ist recht, für die Freiheit des Koalitionsrechts müssen die Gewerkschaften in der Feuerlinie stehen; ich kämpfe mit.“ Und das hat er getan. Deshalb legen auch wir an seinem Grabe einen Kranz aufrichtigster Dankbarkeit nieder. Sein Andenken wird uns unvergänglich sein!

Die städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter hat kürzlich ihre ordentliche Generalversammlung abgehalten. Dem Klassenbericht entnehmen wir:

Nach der Abrechnung weist das Vermögen am 31. März 1909 einen Bestand von 124 045 Mk. gegen 198 360 Mk. vor Jahresfrist auf. Dieser erhebliche Rückgang der Mittel ist zwar zu beklagen, aber mit Rücksicht auf die großen Leistungen, die die Kasse durch Zuweisung von Arbeit und Tagegelde im verflohenen Winter zu machen hatte, erklärlich. Im Geschäftsjahr 1908/09 ist die Höchstzahl der seit Bestehen der Kasse abgeschlossenen Versicherungsverträge getätigt worden und zwar 1967. Infolgedessen sowie namentlich auch infolge der großen Arbeitslosigkeit ist der Betrag der ausgezahlten Tagegelde gegen die bisherigen Auszahlungen bedeutend gestiegen. Man zahlte

im vorigen Winter während der Bezugszeit vom 1. Dezember 1908 bis 1. März 1909 im ganzen an Tagegelde den hohen Betrag von 61 934 Mk. gegen nur 48 669 Mk. in 1907/08. Die in der Zahl der abgeschlossenen Versicherungen eingetretene Steigerung beweist, daß das Verhältnis für den Segen unserer Einrichtung in den Kreisen der Arbeitnehmer im Wachsen begriffen ist. Es ist ein Akt der Selbsthilfe, sich bei den Kassen zu versichern und dadurch ein gutes Recht auf die sühnungsgemäß festgelegte Gegenleistung, Zuweisung von Arbeit oder Zahlung von Tagegelde im Falle unverschuldeter Arbeitslosigkeit, zu erwerben. Das Ergebnis der Bestrebungen im letzten Winter war zwar für die Versicherten sehr segensreich, aber für die Kasse opfervoll. Waren doch infolge der langen Frostperiode und der dadurch, sowie durch die Krise im Baugewerbe lange andauernden Arbeitslosigkeit außerordentlich hohe Anforderungen an die Leistungen, sowohl hinsichtlich der Zuweisung von Arbeit, wie Zahlung von Tagegelde zu erfüllen. Wenn es gelungen ist, in so ausgedehntem Maße den arbeitslosen Versicherten Beschäftigung zu verschaffen, so verdankt man dies nicht nur dem Umstände, daß die Kasse an die Arbeitsnachweis-Anstalt angegliedert ist, was sich auch in diesem Winter wiederum vorzüglich bewährte, sondern auch den dankenswerten Maßnahmen der Behörden und insbesondere der Stadtverwaltung, die die Bestrebungen so wesentlich unterstützte.

Nach dem Bericht des Schatzmeisters wurden Versicherungsverträge mit 1957 Personen und zwar mit 522 ungelerten und mit 1435 gelernten Arbeitern abgeschlossen. Von den Versicherten hatten ein Alter von 18 bis 20 Jahren 59, von 21 bis 30 Jahren 588, von 31 bis 40 Jahren 675, von 41 bis 50 Jahren 401, von 51 bis 60 Jahren 204 und von 61 bis 70 Jahren 30 Versicherte. Gemäß § 8 der Satzung war die Höhe der Wochenbeiträge für ungelernete Arbeiter 35 Pf., für gelernete Arbeiter 45 Pf., wöchentlich zahlbar vom 1. April ab auf die Dauer von 3 Wochen. Von den bezugsberechtigten 1787 Versicherten meldeten sich 1481 oder 82,9 Proz. arbeitslos, und zwar: 644 Versicherte sofort nach eingetretener Arbeitslosigkeit. Die Ansprüche der 1481 Versicherten umfaßten zusammen 64 992 Tage, da jedoch 46 Versicherte in der Wartezeit wieder dauernde Arbeit erhielten, so verringerte sich diese Zahl um 1918. Außer den vorerwähnten 46 Versicherten fanden aber noch 1159 Versicherte zeitweilige Beschäftigung. Die Gesamtzahl der Tage, an denen die 1159 Versicherten zeitweilig beschäftigt waren, betrug 24 896. Es wurden für 37 971½ Tage 61 934 Tagegelde gezahlt. Es bezogen 383 ungelernete Arbeiter durchschnittlich 42,00 Mk., Maurer und Plattenleger 38,68 Mk., Verputzer und Fuger 42,00 Mk., Stukkateure und Fassadenputzer 46,43 Mk., Steinbauer, Zementierer und Asphaltierer 38,19 Mk., Schreiner und Zimmerer 43,35 Mk., Maler und Anstreicher 47,36 Mk., Tapezierer und Polsterer 49,72 Mk., Pfisterer und Kammer 50,61 Mk. und die übrigen gelernten Arbeiter 44,55 Mk. Tagegelde.

Zur Charakteristik der Gefängnisarbeit. Kürzlich wurde in Berlin die Lieferung von Möbeln für ein kaiserliches Postamt am Potsdamer Platz öffentlich ausgeschrieben. Die von einer bekannten Berliner Möbelfabrik abgegebene Höchstofferte verlangte für die Herstellung 5676. Anders die Strafanstalt Tegel, die sich ebenfalls unter den Bewerbern befand. Sie war bereit, den Auftrag für ungefähr die Hälfte dieses Angebots, nämlich für 2891 auszuführen. Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt dazu:

„Die Teilnahme des Strafgewerks am der Submission und die dabei geübte Schleicherei ist geradezu unerhört. Der Herr Minister würde gut tun, der Direktion des Gefängnisses deutlich zu machen, daß die Gefängnisarbeit nicht in dieser Weise als Konkurrenz für die freie Arbeit auf den Markt geworfen werden darf.“

Wir können diesen Wunsch nur auf das lebhafteste unterstützen.

Zu einer Besichtigung der Genossenschaftshäuser der Berliner Baugenossenschaft in Kaustorf und Mahlsdorf hatten sich am letzten Sonntag die Mitglieder des Zentralrats und andere Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen von Berlin und Umgegend mit ihren Angehörigen, weit über 100 an Zahl, eingefunden. Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats, Kollege Rabe, welcher selbst der Leitung der Genossenschaft angehört und auf dessen Veranlassung die Besichtigung stattfand, begrüßte die Erschienenen und schilderte die bisherige Tätigkeit der Berliner Baugenossenschaft, gleichzeitig ihre Tendenzen erläuternd. Besichtigt wurde zunächst in Kaustorf ein noch im Rohbau befindlicher Komplex von 14 Häusern, worauf eine Führung durch die bereits fertiggestellten Häuser erfolgte. Die sauberen und geräumigen Wohnungen fanden allgemeinen Beifall. Dann ging es nach Mahlsdorf, wo die Genossenschaft Einzelhäuser hat bauen lassen. Dieselben haben 1 und auch 2 Wohnungen und machen in ihrer Billenart eigentlich einen noch schöneren Eindruck, sind aber naturgemäß teurer als die anderen. Durch mannigfache Fragen und Antworten wurde das Interesse an Genossenschaftswesen wachgerufen und geför-

bert, und manches neue Mitglied wurde für die Berliner Baugenossenschaft gewonnen.

Doch es wäre undankbar, wollte man nicht auch des wirklich gaffeunfreundlichen Empfanges gedenken, den die Teilnehmer fanden. In Klausdorf hatte man lange, weich gebettete Tische aufgestellt, wo den Gästen Kaffee und Kuchen gereicht wurde. Und auch in Malsdorf hatte es sich die Genossenschaft nicht nehmen lassen, in freigebiger Weise für einen frischen Trunk zu sorgen. Der Lauf dafür wurde in einer längeren Ansprache vom Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt zum Ausdruck gebracht, der im Namen aller Teilnehmer an den Vorsitzenden der Berliner Baugenossenschaft, Reichstagsabg. Karl Schrader ein Dank- und Glückwunschtelegramm abhandte.

Es war wirklich eine prächtige Veranstaltung, ein richtiges Gewerkeereisfest. Verstand und Gemüt waren auf ihre Rechnung gekommen. Wir behalten es uns vor, demnächst uns etwas eingehender mit der Tätigkeit und den Grundsätzen der Berliner Baugenossenschaft zu beschäftigen.

Gewerkevereins-Teil.

Kaubau. Der erst Anfang dieses Jahres gegründete, aber eine rege Tätigkeit entfaltende Ortsverein der Schneider hielt am 17. Juni eine öffentliche Schneiderversammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute und in der Kollege Krüger, Berlin in etwa einfüßigen Ausführungen das Thema: „Die traurigen Zustände im Schneiderberufe, und wie können wir eine Besserung herbeiführen“, erörterte. Der Referent schilderte eingehend die Verhältnisse in diesem Gewerbe, dessen Angehörige fast ausschließlich Heimarbeiter sind, und forderte am Schluß seines Vortrages alle Unorganisierten auf, dem Gewerkeverein beizutreten, um gestützt auf die Organisation an der Beseitigung der Mißstände mitzuarbeiten. Der Redner wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen. Erfreulicherweise konnten auch mehrere Kollegen aufgenommen werden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch eines anderen erfreulichen Erfolges gedacht. Bei der am 14. Juni stattgefundenen Stadtverordneten-Ergebniswahl ist es gelungen, einen Gewerkevereiner, Kollegen Fabian, mit großer Majorität in das Stadtparlament zu wählen. Bereits bei der vorhergehenden Stadtverordneten-Wahl wurde der genannte Kollege aufgestellt, blieb aber damals leider in der Winderbeise. Die Aufstellung eines Kandidaten aus Arbeiterkreisen war für Kaubaun etwas Neues, Ungebräuchliches, und ließen es sich Leute, die schon 30 Jahre nicht mehr gewählt hatten, nicht nehmen, gegen unseren Kollegen zu stimmen. Für diesmal hatte der Ortsverband eine überaus rege Propaganda entfaltet und war dementsprechend die Beteiligung an der Wahl eine außerordentlich rege. Wie die Lokalpresse berichtet, hat hier eine solche Wahl noch nie stattgefunden. Der Andrang war gerade beängstigend, kolonnenweise kamen die Wähler angetrückt, so daß die im Wahllokal, dem Rathaus, zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten bei weitem nicht ausreichten und etwa 250 Wähler unrichtigerweise noch wieder umkehren mußten. Unter diesen Umständen ist der Ausfall der Wahl für uns nur um so glücklicher.

Die Preiskommission.
P. R. Loh, Schriftführer.

Hofbau. Am 4. Juni veranstaltete hier der Ortsverband Dejan und Umgebung die erste Wanderversammlung. Kollege K. e. i. m. a. n. u. referierte zunächst über den Ausfall der Gewerkevereinswahl in Dejan. Er erläuterte in kurzen Zügen die ganze Vorgeschichte des so berühmten gemauerten Kompromisses. Es waren zwei Listen eingereicht worden, die Liste 1 vom Metallarbeiterverbande, die Liste 2 gemeinsam vom Gewerkevereinsrat, unserm Ortsverbande und dem evangelischen Arbeiterverein. Auf die erste entfielen 825 Stimmen mit 8 Beisitzern, auf die zweite 1225 Stimmen mit 12 Beisitzern. Von diesen erhalten nur 4. Zum Schluß bedauerte er die Laubbildung der Arbeiter bei solchen Wahlen; denn es hatten nur 40 pCt. der Wahlberechtigten gewählt. — Da noch keine Antwort von der Fortdauerwahl eingegangen war, konnte betreffs des Sommerfestes noch nichts Bestimmtes mitgeteilt werden. Es wurde aber den Hofbauer Kollegen versprochen, ihnen baldmöglichst Bescheid zutun zu lassen. Alsdann erhielt Kollege S. a. n. n. das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Zuberulose“. Er erläuterte eingehend und leichtverständlich die Entstehung, den Verlauf sowie die Befämpfung der gefährlichen Volkskrankheit und erstete für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. Es knüpfte sich daran eine äußerst rege Diskussion, welche zeigte, daß der Vortrag das größte Interesse erweckt hatte. Zum Schluß wurde wiederholt der Wunsch geäußert, bei passender Gelegenheit die Hofbauer Kollegen durch einen ähnlichen Vortrag zu erfreuen. Nachdem Kollege Hannemann sämtliche an ihn gestellten Anfragen sachlich beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende, Kollege Reimann, mit herzlichem Dankesworten die gut verlaufene Versammlung.

P. M. a. b., Schriftführer.

Schmölkn. Unser Ortsverband hat einen herben Verlust erlitten. Am 15. Juni verschied nach schwerem, langem Leiden unser Mitglied und treuer Kollege, der Drechsler Karl K. u. n. a. n. Länger als 25 Jahre hat er unserer Organisation angehört und stets ist er für unsere Sache eingetreten. Der verstorbene Kollege hat dem Ortsvereins-Ausschuß, sowie zuletzt auch dem Ortsverbands-Ausschuß angehört. Wir werden demselben ein ehrendes Gedenken bewahren und rufen ihm ein Ruhe sanft! in die Ewigkeit nach.

Der Ortsverb.-Ausschuß.
J. A.: Heinrich Schulze.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkevereine, N. O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 23. Juni. Letzte Sitzung vor den Sommerferien. Vortrag: „Vollständiges Erscheinen erwünscht.“ Sonntag, 27. Juni. Ausflug mit Damen nach Rehnig-Oranienburg. Treffpunkt 10 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. — **Gewerkevereins-Liedertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Leubungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Wobau.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Radon, Walestraße 58. — **Nachwuchsenkassierender Distrikterklub Berlin.** Mitglieder 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Kaufleute IV.** Mittwoch, 23. Juni, abends 9 Uhr im B.-r.-andehaus, Greifswalderstr. 221/23, Mitglieder-Versammlung. S.-D.: 1. Vortrag des Herrn: C. Dabudt über: „Die Einmütigkeiten des Weizinalverbandes“. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. — **Sonnabend,**

26. Juni. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Melchert, Bergstr. 69. Vortrag über: „Wesen und Wirken der Komb.“. Referent Kollege Mühlener. Regulatorporto. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Fruchtstraße 36 a. S.-D.: 1. Mitteilung. II. Vortrag d. Kol. Jrganz. III. Berichtstatangelegenheiten. IV. Berichtsbendes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr bei Rehfeld, Köpenickerstr. 1. Versammlung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr, Ortsversammlung bei Oswald Berliner, Brunnenstr. 143. Vortrag des Verbandssekretärs Eitelenz und Kohlenbestellung.

Leipzig. Deutsche Handelskassensarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Eigenstraße, statt.

Orts- und Weizinalverbände.

Nachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ecke Gartenamplatz und Zilligstraße. — **Gumburg (Ortsverb. and).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr drin, in Hiltmanns Hotel, Poststr., Distrikterabend. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlertau, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Gagen u. Kusg. (Distrikterklub).** Jeden jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Rich- und Bergstraßen-Ecke. — **Röln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Unter Kolping“, Elstergasse. — **Gumburg (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafentam, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Wahlheim-Nahe (Ortsverb. and).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt: Joh. Wöbler, Sandstraße 88. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel).** Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weizenaussch. a. S.** (Gesangsabteilung der Gewerkevereine). Leubungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Organisierte Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Ueckermünde und Umgegend (Ortsverb. and).** Sonntag, 27. Juni, Vertreterversammlung in Berlin. — **Queblinburg und Umgegend (Ortsverb. and).** Sonntag, 4. Juli, nachm. 3 Uhr in Gerds Lokal in Wedderleben, Ortsverbandsversammlung. Sonntag, 11. Juli, Ortsverbandsfest in Timmerode. — **Halle a. S. (Ortsverb. and).** Sonnabend, 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Post-Ref., Ortsverbandsversammlung. S.-D.: 1. Vortrag d. Herrn Dr. med. Herzfeld über: „Die Reichsversicherungsordnung“. 2. Gewerkevereinswahl. 3. Berichtsbendes. — **Schmölln (Ortsverb. and).** Sonntag, 4. Juli, Versammlung, nachm. 3 Uhr in Crimmitschau. — **Dortmund (Ortsverb. and).** Am 27. Juni, nachm. 3 Uhr, Vertreterversammlung; um 4 Uhr Ortsverbandsversammlung bei Heuner in Eving, Bergstr. 65. Wichtige Tagesordnung.

Heuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Dortmund (Bauhauwerker). Dreierl, Vorhänger, Klefstr. 48; Kuchendach, Kassierer, Destermarschstr. 21.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verband der Deutschen Gewerkevereine.

Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Verbandslokal der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstraße 221-223.

Große Protestversammlung

gegen die volksfeindlichen Steuerpläne im Reichstage.

Referenten: Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt, Paul Tröger, Vorsitzender des Vereins der Deutschen Kaufleute.

Wir laden zu dieser Versammlung alle Arbeiter und Angestellten ein und jedermann, der mitwirken will, die reitoratorischen Pläne zur erneuten Ausbeutung des Volkes zurückzuschlagen. Es muß tausendfältiger Protest erhoben werden gegen den schamlosen Versuch, auch diesmal wieder die Taschen der reichen Leute in Stadt und Land zu schonen und den Steuerbedarf ausschließlich vom Volke decken zu lassen. Ein so schreiendes Unrecht darf nicht gebuldet werden!

Verbandskollegen und Kolleginnen kommt in Massen!

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine.

J. A.: Gußow Hartmann, Vorsitzender, Greifswalderstraße 221.

Niederdeutschlich: Brandenburgischer Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.).

Am Sonntag, den 29. August cr., vormittags 11 Uhr, findet in Langensalza i. Schl. der

19. Delegiertentag

statt. Anträge hierzu müssen bis zum 1. August in den Händen des Schriftführers Carl Ulrich, Spremberg, Zägerstraße 4, sein. Alles andere später.

B.-Reugebauer, Vorsitzender. C. Ulrich, Schriftführer. A. Rippasch, Kassierer.

Nabeberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsbescheid beim Ortsverbands-Schriftführer K. Habebant, Neustadtstraße 101.

Brimmenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung. Marxenausschlag beim Kol. K. Adama, Slogauerstr. 13.

Wibrad a. M. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern.

Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Hahn“, Marktplatz.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsbescheid bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgegahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilh. Berger, Wilhelmstraße 10.

Gera, R. J. E. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcherstraße 6.

Bremen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeld von 75 Pf. beim Kassierer Kollegen Max Roth, e. Semensstraße 142, Gröplingen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Heftchrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Fabian und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Ausgabenbuch des Verbandsanwalts Dr. Max Girsch. 160x220 mm. Preis 50 Pf.

Leitfaden zum Gewerkevereinsgesetz von Dr. Max Girsch. Preis 80 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Girsch. Preis 80 Pf.

Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. Heftchrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Girsch-Duncker) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Zeitschriften, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats.

Rudolf Klein.

Hoheausen (Ortsverb.). Karten

Durchreisende Kollegen jeden Be- und Arbeitsnachweis bei Kollegen erhalten Reiseunterstützung Kurt Weigel, Chemnitz-Gablenz beim Kollegen Kobi, Nordstr. 10. Klausstr. 64.